rung oder im Zusammenhang mit einer Strafaussetzung auf Bewährung ausgesprochen worden, hat eine Anregung auf Anordnung des Vollzugs der mit der Verurteilung auf Bewährung angedrohten oder der auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe zu erfolgen.

§34

Entzug der Fahrerlaubnis

(1) Für die Verwirklichung des Entzugs der Fahrerlaubnis (§ 54 StGB) ist das für die Hauptwohnung des Verurteilten zuständige Volkspolizeikreisamt verantwortlich. Bei Militärpersonen erfolgt die Verwirklichung des Entzugs der Fahrerlaubnis durch den zuständigen Kommandeur bzw. Leiter der Dienststelle.

(2) Der Entzug der Fahrerlaubnis wird mit Rechtskraft des Urteils wirksam; in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe wird seine Dauer vom Tage der Entlassung aus dem Strafvollzug an berechnet.

(3) Der Antrag auf Verkürzung oder Aufhebung des Entzugs der Fahrerlaubnis nach § 54 Abs. 3 StGB ist bei dem Gericht zu stellen, das den Entzug ausgesprochen hat.

(4) Das Gericht soll vor der Entscheidung über diesen Antrag eine Stellungnahme des nach Abs. 1 für die Verwirklichung des Entzugs zuständigen Organs einholen.

§35

Einziehung von Gegenständen

(1) Für die Verwirklichung der Einziehung von Gegenständen (§ 56 StGB) ist das Volkspolizeikreisamt zuständig, in dessen Bereich sich die einzuziehenden Gegenstände befinden.

(2) Es hat die rechtskräftig eingezogenen Gegenstände der Verwertung zuzuführen.

(3) Die Vernichtung eingezogener Gegenstände, die als Beweismittel von Bedeutung waren, bedarf der Zustimmung des Gerichts. Der Antrag ist vom zuständigen Staatsanwalt zu stellen.

Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte

§36

(1) Für die Verwirklichung der Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte (§ 58 StGB) ist das für die Hauptwohnung des Verurteilten zuständige Volkspolizeikreisamt verantwortlich.

(2) Die Verwirklichung der Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte durch das zuständige Volkspolizeikreisamt umfaßt die Berichtigung von Ausweispapieren sowie die sich für den Verurteilten ergebenden Folgen für das aktive und passive Wahlrecht.

(3) Bei Verlust aus staatlichen Wahlen hervorgegangener Rechte, Verlust von staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionen sowie bei Verlust von Auszeichnungen, Titeln, Würden und Dienstgraden er-